

**Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am
09.12.2019 im Bürgerhaus Gambach**

Tagesordnung:

- 1. Änderung der Straßenbeitragssatzung**
- 2. Änderung der Entwässerungssatzung**
- 3. Haushalt 2020 mit Investitionsprogramm**

Anwesend / abwesend: (entschuldigt = „e“, unentschuldigt = „u“)

Magistrat:

Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer
Erster Stadtrat Alexander Heise
Stadträtin Cornelia Scheurich
Stadtrat Carsten Bolz
Stadtrat Karl Heinz Alles
Stadtrat Hagen Vetter
Stadtrat Klaus Ohly
Stadtrat Norbert Schwab

Haupt- und Finanzausschuss

Peter Hüttel für Harry Prockl
Gerold Müller (stellv. Vorsitzender)
Thomas Müller
Dirk Eiser für Wolfgang Klein
Ronald Berg für Armin Schaback

Außerdem anwesend: Stadtverordnetenvorsteher Manfred Tschertner, Stadtverordnete Haris Laspoulas, Kurt Reuhl, Thorsten Schepp, Sascha Thiele und Ina Wendel
Ortsbeirat Heinz Reuhl
Bgm. a.D. Norbert Leistner

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der Sitzung: 21.15 Uhr

Schriftführer: Manfred Müller

Der Ausschuss war durch Einladung vom 20.11.2019 unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen. Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Gerold Müller eröffnet die Ausschusssitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Er stellt fest, dass gegen die Ordnungsmäßigkeit der Einladung keine Einwände erhoben wurden. Der Ausschuss ist nach Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Es wird einvernehmlich das Rederecht für den geladenen Sachverständigen Norbert Leistner und die anwesenden Gäste vereinbart.

ZU TOP 1

Bgm'in Dr. Tammer stellt dem Gremium die Auswirkungen der einmaligen Straßenbeiträge auf die Liquidität der Stadt dar.

Von Seiten der SPD-Fraktion wird die Einführung der wiederkehrenden Straßenbeiträge als sozial verträglich und auch für die Stadt vorteilhaft angesehen und unterstützt.

Die CDU-Fraktion erklärt, dass sie bei den einmaligen Straßenbeiträgen bleiben möchte, da durch die wiederkehrenden Beiträge im Wesentlichen größere Grundstücke und Grundstücke an Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen stärker belastet werden.

Fraktionsvorsitzender Berg (FWG) stellt fest, dass auch noch der Antrag seiner Fraktion zur Abschaffung der Straßenbeiträge offen ist.

Die FWG-Fraktion unterstützt die Abschaffung der Straßenbeitragssatzung.

Die Problematik der einzelnen Satzungsregelungen wird intensiv diskutiert.

Der anwesende Sachverständige Leistner wird zu seinen Erfahrungen aus anderen Kommunen befragt.

Abschließend werden folgende Beschlussempfehlungen gegeben:

Der Antrag zur Aufhebung der Straßenbeitragssatzung wird **nicht** zur Annahme empfohlen (**3 Stimmen dagegen, 1 Stimme dafür und 1 Enthaltung**).

Der Empfehlung des Magistrats auf Einführung der wiederkehrenden Straßenbeiträge wird bei **Stimmengleichheit und einer Enthaltung nicht** gefolgt.

ZU TOP 2

Bgm'in Dr. Tammer erläutert und begründet kurz die Vorlage für die Erhöhung der Entwässerungsgebühren. Der Magistrat schlägt für diesen Bereich erstmals seit 2013 eine Veränderung von Gebühren vor:

Die Schmutzwassergebühr soll von bisher 3,63 € auf 3,92 € erhöht werden.

Die Gebühr für das Niederschlagswasser soll von bisher 0,36 €/m³ auf 0,39 €/m³ erhöht werden.

Der Ausschuss empfiehlt **einstimmig** die Gebühren entsprechend anzuheben.

ZU TOP 3

Stellenplan

Der Stellenplan wird kurz erläutert und sodann **einstimmig zur Annahme** empfohlen.

Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt wird in allen Teilhaushalten durchgesehen und einzelne Nachfragen aus dem Ausschuss werden beantwortet.

Beschluss: Der Ergebnishaushalt wird ohne Änderungen **einstimmig zur Annahme** empfohlen.

Auf Seite 23 soll im Teilhaushalt Gemeindeorgane der Name des betreffenden Bürgermeisters aus den Erläuterungen gestrichen werden.

Investitionsprogramm

In den Erläuterungen zum Investitionsprogramm ist auf Seite 6 der letzte Satz zum Anbau einer Überdachung am DGH Ober-Hörgern zu streichen, nachdem in der letzten Stadtverordnetensitzung diese Maßnahme beschlossen worden ist.

Auf Antrag der CDU-Fraktion sollen die Mittel im laufenden Jahr für die Erneuerung der LED-Beleuchtung am Sportplatz nach 2020 übertragen werden.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird zur geplanten Baumaßnahme in der Verwaltung in den Jahren 2022 und 2023 ein Sperrvermerk angebracht. Dies wird von der CDU-Fraktion unterstützt.

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird zur geplanten Baumaßnahme zur Herstellung der Barrierefreiheit im Rathaus Münzenberg ein Sperrvermerk angebracht.

Auf Antrag der SPD-Fraktion werden die Ausgaben für den Mehrgenerationenspielplatz um 5.000 € erhöht. Hier wird angeregt eine Tischtennisplatte vorzusehen.

Auf Antrag der FWG-Fraktion werden die Ausgaben für Kinderspielplätze um 5.000 € erhöht.

Auf Antrag der CDU-Fraktion werden Planungskosten in Höhe von 15.000 € für die Feldwege-/Straßensanierungsmaßnahme „Eichbornweg“ eingestellt.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird der Ansatz für die Überdachung am DGH Ober-Hörgern gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21.11.2019 auf 13.000 € erhöht.

Alle Beschlüsse wurden **einstimmig** gefasst.

Beschluss: Das Investitionsprogramm wird mit den genannten Änderungen **einstimmig zur Annahme** empfohlen.

Abschließend wird die Haushaltssatzung mit den beschlossenen Änderungen **einstimmig zur Annahme** empfohlen.

Münzenberg, 11.12.2019

Manfred Müller
Schriftführer

Gerold Müller
Stellvertretende H+F Ausschuss-Vorsitzender